

Von der politischen Halbwertszeit des Gedächtnisses

Autor(en): **Flüeler, Thomas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): **- (1990)**

Heft 4: **Der Einstieg in de Ausstieg beginnt**

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586690>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Politiker sind so flexibel, dass sie VORHER anders denken können als NACHHER. Nachher heisst: nach der Abstimmung, die sie verloren haben.

Wie das «Moratorium» von Bundesrat und Energieminister Ogi interpretiert – und politisch ausgeschlachtet worden ist. Pause zum vom Um-Denken.

Für die politische Nachwelt sammelte Thomas Flüeler.

Ein strahlender Bundesrat Adolf Ogi trat wenige Minuten nach Bekanntwerden der letzten Abstimmungsergebnisse vor die Medienvertreter im Bundeshaus. Kein Wunder, er durfte ein hervorragendes Resultat für «seinen» Energieartikel präsentieren, die Ausstiegs-Initiative war abgelehnt, nur die Moratoriums-Initiative fand Zustimmung bei Volk und Ständen. Für den Energieminister ist angesichts dieser Abstimmungsergebnisse klar: Das Volk erwartet vom Bundesrat erstens eine Energiepolitik, die dem Begriff Sparen gerecht wird. Zweitens will die Mehrheit der Bürger die Kernenergiezukunft offen lassen – und drittens: das Moratorium ist nicht der Einstieg in den Ausstieg.

Letzteres hat aus dem Mund des Energieministers auch schon anders getönt: «Ein solches Moratorium wäre nichts anderes als der Einstieg in den Ausstieg aus der Kernenergie.» Das habe er nie gesagt, versicherte Ogi am Sonntagabend [23.9.] dem TA, das sei die Argumentation der Moratoriums-Befürworter. In einem Interview mit der «Basler Zeitung» vom vergangenen Donnerstag [siehe unten], dessen Veröffentlichung Ogi autorisiert hat, ist jedoch der Energieminister mit genau diesem Satz zitiert worden. Seine Aussage sei eben falsch wiedergegeben worden, sagte nun Ogi. Ach so, wundert sich der Journalist: «Aber, Herr Bundesrat, auch vor dem Nationalrat haben Sie am 7. Februar 1990 so argumentiert.» – «Nein, habe ich nicht.» – «Im Protokoll ist es so nachzulesen, Herr Bundesrat.» Ogis Antwort: «Dann ist es auch dort falsch.» Das Wort eines Landesvaters.

Im Wissen um das Abstimmungsergebnis sehen die Konsequenzen der angenommenen Moratoriums-Initiative laut Ogi nun so aus: Der Bundesrat halte fest, «dass eine zehnjährige Pause eingeschaltet wird und dass nach dieser Pause die Lage neu zu beurteilen ist. Nach dieser Denkpause wird der Bundesrat, wird das Volk zu entscheiden haben, wie es weitergehen soll, ob die Kernenergie dann noch nötig ist oder nicht.»

Im Moment bedeutet das ja zum zehnjährigen Baustopp für den Bundesrat den Auftrag, «das Sparpotential entschlossen und mit allen Mitteln auszuschöpfen». Es

sollen auch neue Wege der Energiegewinnung erforscht und nutzbar gemacht werden. Ogi rief auch die Energiewirtschaft auf, ihr innovatives Potential auszuschöpfen und – wo nötig – zu vergrössern. Tages-Anzeiger, 24.9.90

Adolf Ogi im Wortlaut:

BaZ: Herr Bundesrat Ogi, Ausstieg aus der Atomenergie – ist das der Einstieg in eine Energiezukunft ohne Grossrisiken, wie die Befürworter der Volksinitiative verkünden, oder ist das der Anfang vom Ende gesicherter Stromversorgung in der Schweiz?

Bundesrat Adolf Ogi: Ich sage klar: Wenn wir seriöserweise aussteigen könnten ohne verheerende Folgen, ohne im Verlaufe der Zeit in einen Versorgungsengpass zu geraten, dann fände ich auch, wir sollten auf das Restrisiko der Kernenergieproduktion verzichten. Aber das geht eben nicht ohne schwerwiegendste Versorgungsstörungen für das ganze Land und unsere Wirtschaft. (...)

BaZ: Noch zur Moratoriums-Initiative: Wäre es nicht auch zukunftsbewusst, jetzt einen zehnjährigen Marschhalt einzuschalten, über neue Lösungen nachzudenken und vielleicht ums Jahr 2000 wieder mitzumachen, wenn tatsächlich andere Entwicklungsergebnisse vorliegen?

Ogi: Ein solches Moratorium wäre nichts anderes als der Einstieg in den Ausstieg aus der Kernenergie. Wer zehn Jahre lang einfach alles aufs Eis legt, der gerät in einen Rückstand bezüglich Fachwissen und Technologie, der nie mehr aufzuholen sein wird. Vom Halten einer Spitzenposition mit diesem «Marschhalt» wollen wir schon gar nicht reden. Da geht heute international anerkanntes schweizerisches Fachwissen verloren. Da wäre der Ausstieg wenigstens ehrlich, denn er wäre das Ende der Kernenergie.

Aber was will denn das Moratorium noch? Kaiseraugst und Graben sind vom Tisch, andere Kernkraftwerkprojekte gibt es zurzeit nicht in der Schweiz. Kaiseraugst und Graben sind übrigens gebaut, und zwar in Frankreich, wo wir den Atomstrom im Leistungsumfang dieser zwei liquidierten schweizerischen Werke einkaufen. Wer ernsthaft an Kernenergiesicherheit interessiert ist, kann doch die Moratoriumsidee nicht unterstützen. (...) Diese Moratoriums-Mentalität, die uns nicht mehr erlaubt, irgend etwas anzupacken, diese Mentalität ist schweizerisch. Basler Zeitung, 20.9.90

Bruno Wyder, Gerlafingen SO:

«Herr Ogi, haben Sie Angst vor dem Volk? Warum treten sie nicht öffentlich auf, wie dies in Deutschland und Österreich der Fall ist?»

Ogi: «Nein, ich habe keine Angst vor dem Volke, ich habe Vertrauen ins Volk. In den letzten drei Monaten bin ich gegen 50mal öffentlich angetreten.»

am Blick-Telefon, 19.9.90

24 heures: L'initiative pour l'abandon de l'énergie nucléaire est-elle aussi catastrophique que le prétendent ses adversaires? Elle propose un abandon progressif, jusqu'en 2025 environ.

A. Ogi: Oui, mais, au début du siècle prochain déjà, nous aurions un collapsus énergétique.

24 heures: Ce n'est pas l'avis de tous les experts.

A. Ogi: Les experts qui affirment qu'un abandon est possible supposent que les Suisses changent leur style de vie et leurs habitudes de consommation. Je ne vois aucun indice montrant que les Suisses seraient prêts à un tel changement. Ce qu'on nous propose, c'est un saut dans l'illusion. (...)

24 heures: L'initiative pour un moratoire, si elle est acceptée, n'amènerait-elle pas les autorités fédérales à mener une politique énergétique enfin rigoureuse?

A. Ogi: Et pourquoi donc? Elle ne réclame qu'un moratoire. Elle ne ferait qu'instituer une pause dans la réflexion. Il nous faut vraiment, dans ce pays, surmonter cette mentalité de moratoire dans laquelle nous sommes en train de nous installer.

24 heures: Depuis le premier choc pétrolier en 1973, la Suisse n'a toujours pas réussi à mettre sur pied une politique énergétique.

A. Ogi: Parce qu'il y a des milieux qui bloquent tout, avec des initiatives. Et comme il y a de l'énergie à profusion, la compréhension dans la public n'est pas très grande. Si le Conseil fédéral est suivi le 23 septembre, il pourra sortir la tête de l'eau. Il aura de nouveau une marge de manoeuvre. Je ne veux pas peindre le diable sur la muraille. Mais, si les initiatives sont acceptées, notre politique énergétique aura définitivement perdu le nord.

24 heures, 19.9.90

« (...) Ausstieg und Moratorium wären somit nicht nur ein energiepolitischer, sondern auch ein europapolitischer Fehltritt erster Güte. Es wäre ein Sprung aus dem fünften Stock eines Hauses, ohne zu wissen, ob unten die Feuerwehr mit dem Sprungtuch wartet. Ein Sprung ins Ungeheure also. (...) »

Vor der Delegiertenversammlung des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke VSE, 24.8.90

«Das Moratorium ist kein Mittelweg, sondern der erste Schritt zum Ausstieg. Das geben die Initianten selber zu. Nur ist der Ausstieg wenigstens ehrlicher als das Moratorium.»

Vor der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz, 18.9.90

Blick: Der Bundesrat wird vor dem Abstimmungstermin vom 23. September über die Ausstiegs- und die Moratoriums-Initiativen noch sehr viel Überzeugungsarbeit leisten müssen, um den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern klarzuma-

VON DER POLITISCHEN HALBWERTSZEIT DES GEDÄCHTNISSES

chen, dass sich die Schweiz die Option Kernenergie offenhalten sollte.

Ogi: «Für die Sicherheit unserer Kernkraftwerke, die zu den sichersten der Welt gehören, sollten wir selber sorgen können, nicht die Betreiber in anderen Ländern. Es ist klar, dass es die 100prozentige Sicherheit nicht gibt. Die gibt es nirgends, auch nicht auf der Strasse oder in den Kohlekraftwerken. Mich beschäftigt jedoch, dass man heute nicht mehr vernünftig über die Energiepolitik reden kann. Die Diskussionen sind von Ideologien geprägt. So lassen sich die Probleme nicht lösen. Ich habe keine Zeit für ideologische Auseinandersetzungen. Ich brauche Lösungen. Wir müssen hier den Willen zur Problemlösung zeigen, müssen nach vorne gehen. Wir können nicht mit dem Rücken zur Zukunft die Energieprobleme anpacken, sonst werden wir noch zum Albanien Mitteleuropas.»

Im «grossen Blick-Gespräch», 24.7.90

«Wer nun glaubt, das Moratorium sei eine gute Mittellösung, irrt sich ebenfalls gewaltig (...). Ein Moratorium wäre ein «Ausstieg auf Zeit».»

An der Generalversammlung des Verbandes Schweizerischer Elektro-Installationsfirmen VSEI, 23.6.90

SI: Sie haben in einem früheren Interview [La Suisse 90] gesagt, Sie würden eine Endlagerstätte notfalls auch gegen den Widerstand einer ganzen Region durchsetzen. Sind Sie immer noch dieser Meinung?

Ogi: Da bin ich ein bisschen falsch verstanden worden. Aber ich muss schon sagen, es ist natürlich meine Aufgabe, dieses Problem zu lösen. Wir müssen das mit Überzeugung anpacken, versuchen, die Leute davon zu überzeugen, dass eine Lösung nötig ist. Wir leiden leider unter einer Art Fitnessschwäche (...).

Schweizer Illustrierte, 28.5.90

«Der Bundesrat lehnt die Volksinitiative «Stopp dem Atomkraftwerkbau (Moratorium)» insbesondere aus den folgenden Gründen ab:

Erster Schritt zum Ausstieg

Auch wenn die Moratoriums-Initiative weit weniger fordert als die Ausstiegs-Initiative, zielen doch beide in die gleiche Richtung. Die Moratoriums-Initiative ist ein erster Schritt zum Ausstieg aus der Kernenergie. Das ist im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu verantworten, denn wir verfügen in der Energieversorgung über keine gesicherten Alternativen. Auch wenn die Initiative eine Rückkehr zur Kernenergie nicht ausschliesst, würde das zehnjährige, in der Verfassung vorgeschriebene Moratorium den Anschluss an die internationalen Entwicklungen im Bereich der Kernenergie wesentlich erschweren.»

«Erläuterungen des Bundesrates» zur Abstimmung vom 23.9.90 (Abstimmungsbüchlein)

Wie Ogi verstanden werden möchte

Die Interpretation des Urnengangs vom 23. September ist für den Bundesrat eindeutig: Weil die Ausstiegs-Initiative abgelehnt wurde und gleichzeitig der Energieartikel mit der Offenhaltung der Option Kernenergie eine überwältigende Zustimmung fand, «darf die Annahme der Moratoriums-Initiative nicht als Einstieg in den Ausstieg interpretiert werden».

Diese Sicht der Dinge wollte Bundesrat Adolf Ogi nach dem Urnengang vor der Presse zum Ausdruck bringen, wie es in der am Donnerstag [4.10.] schriftlich nachgelieferten Antwort zur Fragestunde des Nationalrates vom letzten Montag [1.10.] heisst. Der Vorsteher des EVED bedauert, «es nicht mit der nötigen Klarheit getan zu haben». Es sei unbestritten, schreibt er, dass sowohl Gegner wie Anhänger die Initiative im Vorfeld der Abstimmung als «ersten Schritt zum Ausstieg aus der Kernenergie» angesehen hätten. Eine Abstimmung lasse sich aber erst aufgrund des Resultats interpretieren.

Tages-Anzeiger, 5.10.90

Zum Schluss: Das Wort zur (Ver- Ab- und Zu-)Stimmung:

Ich muss ihnen gestehen, dass ich nicht nur in den Tagen nach Tschernobyl sehr beeindruckt war, ich bin es heute noch. Ich bin es nicht nur, weil auch Wochen danach noch Meldungen die Beeinträchtigung von Wasser, Gemüseabdeckungen, Luftfiltern usw. betreffen. Das lässt mich nicht unberührt. Donner kann man hören, einen Blitz sieht man. Wasser und Wind spürt man. Aber Radioaktivität ist für Menschen etwas, das ausserhalb ihrer Sinne liegt und ihren Körper dennoch zu schädigen vermag. Ich bin kein Stadtmensch. Ich kann solche Gefahren, die der Natur, dem Leben drohen, vielleicht weniger gut verdrängen als andere. Aber ich bin froh, dass ich noch so sensibel reagiere. Die Frage, die bei mir ins Bewusstsein gerückt ist, heisst: Dürfen wir auch in Zukunft ein solches Risiko auf uns nehmen? Wer behauptet, wir dürften dies, müsste konsequenterweise die Verantwortung dafür übernehmen. So sehe ich das. Es ist aber so, dass diese Verantwortung heute gar niemand mehr mit hundertprozentiger Garantie übernehmen kann. Nicht wir Politiker, nicht die Experten, nicht die Wissenschaftler. (...) Ursprünglich, in den fünfziger Jahren, haben wir gemeint, die Atomenergie sei die unproblematischste Energie. Tschernobyl zeigt ein anderes Bild. Ich habe den festen Glauben, dass der Mensch, dass Wirtschaft und Wissenschaft aus einem solchen Vorfall die Kraft schöpfen, um in Zukunft gefahrlose Energie zu produzieren. Nehmen Sie mir diesen Glauben nicht. (...)

Adolf Ogi, damals Nationalrat, in der Juni-Session 1986, zitiert nach Wochen-Zeitung, 21.9.90

Ein klarer Auftrag für den Bundesrat

Immer wiederkehrende Aufforderungen haben den Bundesrat veranlasst, das Steuer in die Hand zu nehmen und energisch zu führen. Klar trat dies am Beispiel der Abstimmungsergebnisse vom 23. September 1990 zu Tage. Bundesrat Adolf Ogi gewährte der Rundschau des Schweizer Fernsehens ein bemerkenswertes Interview [26.9.90]. Da es möglich ist, dass einige Mitbürgerinnen und Mitbürger dieses Interview verpasst haben, z. B. infolge Ferienabwesenheit, wollen wir hier den Versuch einer Rekapitulation wagen. Rundschau: Herr Bundesrat, wie hat das Volk Ihrer Meinung nach entschieden? Ist das nun der Einstieg in den Ausstieg?

Ogi: Sie sagen das absolut richtig, das Volk hat entschieden. Und es hat dabei dem Bundesrat einen Auftrag gegeben. Den Auftrag nämlich, im Verlaufe der nächsten 10 Jahre Massnahmen – griffige Massnahmen – vorzuschlagen.

Rundschau: Wird die Schweiz nun aber einen mittelfristigen Ausstieg aus der Kernenergie vorbereiten?

Ogi: Eminent wichtig ist, dass das Volk entschieden hat. Den uns dabei erteilten Auftrag werden wir sehr ernst nehmen und griffige Massnahmen vorschlagen.

Rundschau: Konkret ist nun das neue Energiegesetz zu schaffen. Bis wann, glauben Sie, werden Sie dieses Gesetz dem Parlament vorlegen können?

Ogi: Die Fristigkeit ist dem erteilten Auftrag absolut unterzuordnen. Und diesen Auftrag werden wir sehr ernst nehmen.

Rundschau: Werden Sie Forschung in Richtung Alternativenenergie intensivieren, und welche Alternativenenergie steht für Sie im Vordergrund?

Ogi: Sie sprechen hier ein sehr wichtiges Thema an. Auch diese Fragen sind als Bestandteil des uns vom Volk übergebenen Auftrages zu betrachten. Und diesen Auftrag werden wir sehr ernst nehmen.

Rundschau: Wie stellen Sie sich persönlich zum Ausgang der Abstimmungen?

Ogi: Persönlich bin ich sehr zufrieden. Dies weniger in bezug auf die einzelnen Sachentscheide als vielmehr, weil das Schweizer Volk dem Bundesrat nun eindeutig einen klaren Auftrag erteilt hat. Und diesen Auf...

Herr Bundesrat, wir danken Ihnen, dass Sie zu uns ins Studio gekommen sind. Ihre wegweisenden Aussagen sind für uns und das ganze Schweizer Volk ein weiterer Beweis der starken Führung durch einen kompetenten Bundesrat.

Nebelspalter, Nr. 42/1990